

Beratung zu dem Thema Presse- und Meinungsfreiheit in Kuba

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es gibt, wie schon gesagt worden ist, zu der heutigen Debatte keinen eigenen Antrag der Koalitionsfraktionen. Wir in der SPD-Fraktion sind der Auffassung, dass der richtige Termin, intensiv über diese Problematik zu diskutieren, im Mai oder Juni sein wird, wenn es in Wien zum EU-Gipfel zu Lateinamerika und der Karibik – er ist schon genannt worden – kommen wird. Dann werden wir uns mit dem Schwerpunkt der Menschenrechtsverletzungen in Kuba sehr vehement in diese Diskussion einmischen und werden sie begleiten. Sie können davon ausgehen, dass wir uns in dieser Diskussion neben den anderen Themen, um die es gehen wird, zu den Menschenrechtsverletzungen in Kuba äußern werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es besteht Anlass, dann über dieses Thema zu sprechen. In der aktuellen Diskussion über die Entschließung des EU-Parlaments ist über den Anlass zum Teil schon gesprochen worden. Ich will das nicht alles wiederholen. Ich möchte aber Folgendes deutlich machen: Wenn es um Menschenrechte geht, höre ich von der linken Seite den einen oder anderen Zwischenruf, wie zum Beispiel das Stichwort „Folterverbot“.

(Zuruf von der LINKEN: Jawohl!)

Ich darf daran erinnern, dass wir in der Diskussion zum Folterverbot vor circa einem Jahr in diesem Hause gegen populistischen Widerstand und gegen populistische Medienschelte klargestellt haben, dass das Folterverbot in diesem unserem Land absolute Geltung hat, während Ihr jetziger Fraktionsvorsitzender durchs Land gereist ist und gesagt hat, man müsse in bestimmten Situationen über Relativierungen nachdenken. Sie sollten erst vor Ihrer eigenen Haustür kehren, bevor Sie die Unantastbarkeit der Menschenrechte ansprechen. Das will ich Ihnen ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es geht weiter: Ich bin mir sehr sicher, dass wir die Diskussion über die Geltung der Menschenrechte in Kuba auch in eine politische Diskussion mit einbetten müssen. Auch kubanische Oppositionelle, die im Land geblieben sind, sind wie ich der Auffassung, dass das Helms-Burton-Gesetz und die Blockade der USA eben nicht dazu beitragen, Kuba die Gelegenheit zu geben, an bestimmten Stellen Fortschritte zu machen. Ich finde, das sollte man auch politisch deutlich benennen, und das tue ich an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch das will ich klar sagen: Damit ist aber nicht verbunden, über das, was im Lande vorgeht und von dem wir durch internationale Menschenrechtsorganisationen wissen, zu schweigen. Dazu werden und dürfen wir nicht schweigen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb zitiere ich aus einem, wie ich hoffe, auch aus Ihrer Sicht unverfänglichen Bericht, nämlich dem Jahresbericht 2005 von Amnesty International:

Das US-Embargo und damit verbundene Sanktionen wirken sich nach wie vor nachteilig auf die wirtschaftlichen Rechte der Bürger aus.

Ich zitiere noch einmal und wiederhole:

... wirken sich nach wie vor nachteilig auf die wirtschaftlichen Rechte der Bürger aus.

Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Das ist so. Wer das aber zum Anlass nimmt, über die Verletzung der bürgerlichen und der Freiheitsrechte auf dieser Insel zu schweigen und die Verantwortlichen falsch zu benennen, der betrügt die Menschen in Kuba, die im Knast sitzen, die ausreisen und nichts anderes wollen, als ihre Meinung zu sagen, und die in Europa zu Recht einen Menschenrechtspreis bekommen haben, den sie nicht annehmen dürfen. Dazu schweigen wir nicht.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, das ist eine klare Aussage: Sie können die Blockadepolitik der USA doch nicht dafür verantwortlich machen, dass in Kuba Menschen im Knast sitzen, weil sie ihre Meinung sagen wollen. Das geht doch wohl nicht. Das ist doch eine völlige Verkennung der allgemeinen Rechte, die wir uns lange erstritten haben.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil wir das ja unter menschenrechtlichen Aspekten diskutieren, möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal daran erinnern, dass das, was dort eingeklagt wird, nichts Neues ist und auch nichts mit Imperialismus zu tun hat. Das ist das Einklagen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahre 1948, in der steht, dass jeder Mensch in der Lage sein muss und das Recht hat, sein Land zu verlassen und wieder dorthin zurückzukehren, wann er es will.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist in der Geschichte nicht immer praktiziert worden, aber jetzt sollten wir es damit wirklich einmal ernst meinen. Unter diesem Aspekt glaube ich, dass es gut und richtig ist, die Menschenrechtssituation in Kuba – eingebettet in die politische Diskussion – zu thematisieren und darüber zu reden. Ganz zum Schluss sei auch mir ein wenig Polemik gestattet. Ich habe einer Presseerklärung Ihrer Partei entnommen – es war der letzte Satz –: Die PDS-Linkspartei steht fest an der Seite des kubanischen Volkes.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer solche Freunde wie Sie hat, der braucht keine Sorge zu haben, dass er keine Gegner mehr hat. Solche Freunde brauchen wir nicht. Wir werden im Deutschen Bundestag dafür sorgen, dass das kubanische Volk aus Deutschland die Unterstützung für die Umsetzung seiner wirtschaftlichen, sozialen und Menschenrechte erhält, die es braucht.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)